



Protokoll Nr. 31

Sitzung von Donnerstag, 11. Juni 1998, 17.00 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzende:

Präsidentin Lilo Lauterburg

Anwesend:

Ernst Aebersold	Stephan Hügli	Ruth Rauch
Raymond Anliker	Urs Jaberg	Maria Regli Schmucki
Thomas Balmer	Alfred Jordi	Heinz Rub
Oskar Balsiger	Heinz Junker	Ursula Rudin-Vonwil
Arnold Bertschy	Esther Kälin Plézer	Kurt Rüeegsegger
Margrith Beyeler	Regula Keller	Annemarie Sancar
Peter Blaser	Andreas Krummen	Rudolph Schweizer
Markus Blatter	Annemarie Lehmann	Peter Sigerist
Konrad Bossart	Leslie Lehmann	Barbara Spörri
Michael Burkard	Peter Linder	Sylvia Spring Hunziker
Michael Burri	Edith Lörtscher	Christoph Stalder
Walter Christen	Liselotte Lüscher	Ernst Stauffer
Marie-Louise Durrer	Nico Lutz	Ueli Stückelberger
Heidi Flückiger Ehrenzeller	Anton Maillard	Béatrice Stucki
Marcel Fankhauser	Irène Marti Anliker	Margrit Stucki-Mäder
Jean-Daniel Flückiger	Kurt Mäusli	Hans-Ulrich Suter
Martin Frick	Heinz Megert	Katharina Suter
Thomas Fuchs	Elsi Meyer	Luzius Theiler
Hans Ulrich Gränicher	Barbara Mühlheim	Margrit Thomet
Adrian Haas	Christoph Müller	Kurt W. Weyermann
Bernhard Hess	Edith Olibet	Hansjörg Wittwen
Rolf Häberli	Rosmarie Okle Zimmermann	René Zimmermann
Ursula Hirt	Bernhard Pulver	

Entschuldigt:

Sven Baumann	Michael Jordi	Franco Sommaruga
Adrian Berthoud	Edith Madl Kubik	Peter Stucki
Marcel Eyer	Hans Peter Riesen	Eva von Ballmoos
Andreas Hofmann	Beat Schori	

Vertretung des Gemeinderats:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Ursula Begert
Therese Frösch
Adrian Guggisberg
Claudia Omar
Alfred Neukomm

Traktandum

Verwaltungsbericht für das Jahr 1997

Mitteilung der Präsidentin

Die *Vorsitzende* begrüsst als neues Ratsmitglied Margrith Beyeler (SP) und wünscht ihr alles Gute und viel Freude bei der Ratsarbeit.

Protokollgenehmigung

Die Protokolle Nrn. 19 und 20 vom 23. April 1998 werden mit einer Korrektur im Protokoll Nr.20, S.482 im Votum Bernhard Pulver: ... das Kriterium der *Ästhetik* (nicht Ethik) in den Vordergrund zu rücken ..., mit bestem Dank an die Verfasserinnen genehmigt.

Ordentliches Traktandum

Verwaltungsbericht für das Jahr 1997

Sitzungskonzept

1. **Eintretensdebatte** als allgemeine Diskussion zum gesamten Verwaltungsbericht (Gesamtwürdigung, keine Detailfragen):
 - Kurzreferate der GPK-Sprecherinnen und GPK-Sprecher zu den Direktionen
 - Fraktionserklärungen zum Gesamtbericht
 - Einzelvoten Stadtrat
 - Erste Stellungnahmen des Stadtpräsidenten und der Mitglieder des Gemeinderats
2. **Detailberatung** der einzelnen Direktionsberichte:
Die Detailberatung beschränkt sich auf die vorgängig schriftlich eingereichten Fragen.
 - GPK (Detailergänzungen, soweit nötig)
 - Einzelvoten Stadtrat
 - Kurze Antworten des Gemeinderats auf die gestellten Fragen
 - Reihenfolge der Direktionen:
 1. Präsidialdirektion
 2. Planungs- und Baudirektion
 3. Finanzdirektion
 4. Direktion der Stadtbetriebe
 5. Fürsorge- und Gesundheitsdirektion
 6. Polizeidirektion
 7. Schuldirektion
3. **Rückkommensanträge** (inkl. Antworten des Gemeinderats)
4. **Schlussabstimmung**

Maximale Redezeiten

Eintretensdebatte

GPK-Präsidentin:	14 Minuten
GPK-Sprecherinnen und –Sprecher:	8 Minuten
Fraktionserklärungen:	7 Minuten
Einzelrednerinnen und –redner:	3 Minuten
Gemeinderat (gesamthaft)	20 Minuten

Detailberatung

GPK-Mitglieder und Einzelrednerinnen / Einzelredner:	3 Minuten
Mitglieder des Gemeinderats:	kurze Beantwortung der Fragen

Die letzten 30 Sekunden der zur Verfügung stehenden Redezeit werden durch die blinkende rote Lampe beim Rednerpult angezeigt.

Eintretensdebatte

Für die Geschäftsprüfungskommission spricht deren Präsidentin *Liselotte Lüscher* (SP). Die GPK steht seit Beginn von NSB unter einem zusätzlichen Arbeitsdruck. Der Rat hat das Recht zu wissen, wie und ob sie mit diesem Druck zurecht kommt und ob sie die Aufgabe der Verwaltungskontrolle noch erfüllen kann. Die GPK hat den Verwaltungsbericht 1997 ge-

prüft und beantragt dem Stadtrat Eintreten. Heute stehen wir in einer Umbruchphase. NSB wird vielleicht viel grundsätzlich verändern, vielleicht auch nicht. Das Parlament wird letztlich darüber entscheiden, ob NSB eingeführt wird und wenn ja, wie weitgehend. Ob es z.B. noch eine GPK geben wird. Gerade in einer Zeit des Umbruchs ist es wichtig, sich uneingeschränkt vor Augen zu führen, wie etwas war und warum es so gewesen ist. Ein seriöser Vorausblick muss auch ein seriöser Rückblick sein. Die GPK hielt daran fest, ohne Information zu einem Schwerpunktthema, mit dem ebenfalls traditionellen protokollosen Gespräch mit der Gemeinderätin oder dem Gemeinderat der entsprechenden Direktion, die traditionellen Verwaltungsbesuche - um eine Stunde verkürzt - weiterzuführen. Sie hat sich trotz enormer Arbeitsbelastung dafür eingesetzt - 1997 ohne Delegationsbesuche 34 Sitzungen -, NSB aus grundsätzlichen und politischen Überlegungen nicht einfach der FIKO zu überlassen. Sie hat jedoch versucht, aus den Erfahrungen der letzten Jahre zu lernen, und hat verschiedene Massnahmen ergriffen. Die gemischten Delegationen von GPK und FIKO im Rahmen von NSB wurden 1998 von 5 auf 3 Mitglieder verkleinert. Für die abschliessende Behandlung von NSB-Rechnung und -Budget gibt es nur noch je eine gemeinsame Sitzung. Die gleichen GPK-Mitglieder sind Sprecher und Sprecherinnen der 7 Direktionen sowie Leiter und Leiterinnen der beiden Delegationen Verwaltungskontrolle und NSB-Budget für "ihre" Direktion. Wir hoffen, das sei eine Synergiemassnahme. Dazu kommt ein vermehrtes Arbeiten mit Ausschüssen: Ein Ausschuss hat sich 1998 mit dem Problem Stellvertretung Ombudsmann beschäftigt, einer diskutiert das grundsätzliche Thema Form der Berichterstattung der GPK zur Verwaltungskontrolle und einer behandelt das Thema Verwaltungsrat SVB. Bereits 1995 hat die GPK beschlossen, unabhängig von ihren jährlichen Verwaltungsbesuchen regelmässig Delegationsbesuche in den Direktionen durchzuführen. Diese Besuche konnten im letzten Jahr nur beschränkt stattfinden. Anstatt deren 14 (pro Verwaltung 2) wurden nur 4 in drei Verwaltungen durchgeführt. Die GPK hat anfangs Jahr beschlossen, ihren Hauptauftrag 1998 wieder regelmässiger wahrzunehmen. Sie wird im laufenden Jahr mit ihren Delegationen mindestens 2 ev. 3 Besuche in jeder der 7 Direktionen ausführen. Die erste Besuchsrunde ist fast abgeschlossen. Eine ausführliche Berichterstattung zu diesen Besuchen inkl. den 4 aus dem Jahre 1997 wird im nächsten Jahr mündlich bei der Beratung des Verwaltungsberichts 1998 erfolgen. Wir haben versucht, nicht zu resignieren und uns von der zusätzlichen NSB-Belastung als Kontrollorgan für die Verwaltung nicht an den Rand drängen zu lassen. Das Mittel war, durch die geschilderten Rationalisierungen auf allen Aktionsebenen Freiraum zu gewinnen für unsere eigentliche Arbeit.

Zur Präsidialdirektion: Mit dem Besuch in der Präsidialdirektion begann der Reigen der Verwaltungsbesuche. Der GPK sassen 22 Chefbeamtinnen und Chefbeamte und der Stadtpräsident als Auskunftspersonen gegenüber. Zu einer eigentlichen Schwerpunktdiskussion kam es nicht, wahrscheinlich auch, weil NSB, welches die Präsidialdirektion stark beschäftigt, bewusst weggelassen worden ist. Ausführlicher wurde über den Einfluss der Denkmalpflege auf Bauvorhaben diskutiert und festgehalten, dass es relativ wenig Konflikte mit Hausbesitzern oder Hausbesitzerinnen gibt, weil es den meisten klar ist, wenn sie schützenswertes Baugut besitzen und dass sie sich deshalb bei Bauvorhaben frühzeitig mit der Denkmalpflege in Verbindung setzen. Die vermutete Verteuerung von Bauvorhaben denkmalpflegerischer Auflagen wegen scheint vernachlässigbar. Mehrkosten aus denkmalpflegerischen Gründen werden durch den Lotteriefonds, die kantonale Denkmalpflege und mit Bundesbeiträgen subventioniert. Der Anteil der Stadt deckt nur einen Bruchteil der Kosten. Ausführlicher wurde auch über die Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann diskutiert. Von der Leiterin wurde einmal mehr betont, die Fachstelle sei für beide Geschlechter offen, und sie stelle nach wie vor nicht die Einzelberatung ins Zentrum, sondern lege in Zusammenarbeit mit andern Stellen das Schwergewicht auf die strukturelle Ebene z.B. im Bereich Personalentwicklung oder auf Kampagnen, meist in Zusammenarbeit mit andern Institutionen. Die tiefe Dotierung der Stelle mit nur 150 Stellenprozenten kann zeitweise durch den Einsatz von Personen aus Erwerbslosenprojekten erweitert werden. Zur Planung Brünnen wurde ausgeführt, dass Stadtrat und Volk wieder begrüsst würden und dass u.a. der Wertberichtigung wegen der Landpreis wieder marktfähig sei, aber an Wohnungsbau erst gedacht werden könne, wenn die Autobahnüberdeckung gesichert sei. Diese Auskunft löste keine Begeisterung aus. Zum Wankdorfstadion sei nicht primär die Stadt gefordert, da es ihr ohnehin an

nehin an den Finanzen fehle, sondern es müsse versucht werden, die Bruttogeschossfläche an die Frau oder den Mann zu bringen. Die Stadt könne höchstens eine Türöffnerfunktion übernehmen. Dass die Anzahl Stimmberechtigte parallel zur Einwohnerzahl zurückgehe, nahm die GPK ebenfalls zur Kenntnis. Das neu geschaffene Erbschaftsamt soll mit allen Diensten der Stadtverwaltung, die mit Nachlässen zu tun haben, auf Ende 1998 mit Sitz an der Predigergasse 5 zusammengelegt werden. Zum Wirtschaftsamt fand keine Diskussion statt, da die Delegation Verwaltungskontrolle ihm anfangs 1998 einen Besuch abgestattet hat. Es soll bald möglich sein, den Dokumentationsraum des Stadtrats auch ausserhalb der Bürozeit benützen zu können. Dafür soll ein Raum freigemacht werden, der von aussen mit einem Badge betreten werden kann. - Die GPK dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Präsidialdirektion für ihre Arbeit und den an den Sitzungen Anwesenden für ihre offene Information. Praktisch alle Vorstösse aus dem Berichtsjahr 1997 wurden fristgerecht beantwortet. Die GPK bittet den Stadtrat, den Verwaltungsbericht 1997 zu genehmigen.

Zur *Planungs- und Baudirektion* spricht *Béatrice Stucki* (SP). Wie üblich wurde der Verwaltungsbericht kapitelweise besprochen, wurden Fragen gestellt und Bemerkungen angebracht. Ein Thema, das die PBD speziell beschäftigt und weiter beschäftigen wird, ist die Überarbeitung der Submissionsverordnung. Die GPK hat sich deshalb recht ausführlich darüber informieren lassen. Die gültige Verordnung stammt aus dem Jahr 1972, wurde durch zahlreiche Weisungen ergänzt und verändert und entsprechend unübersichtlich. Das GATT-Abkommen, dem die Schweiz beigetreten ist, die neuen Vorschriften der WTO, das neue Bundesgesetz über den Binnenmarkt und die abgeänderte kantonale Beschaffungsverordnung erfordern ein Erneuern der veralteten Verordnung. Das heisst konkret, dass die PBD mit neuen Vorschriften und Abläufen konfrontiert wird. So müssen z.B. Aufträge ab einer bestimmten Auftragshöhe öffentlich, d.h. neu auch im europäischen Raum ausgeschrieben werden, und ansässige Anbieterinnen und Anbieter dürfen nicht mehr privilegiert werden. Selbstverständlich gilt das Prinzip der Verhältnismässigkeit. Dass kleinere Arbeiten an eine weit abgelegene Firma vergeben werden, ist nicht möglich. Die neue Submissionsverordnung wird mit den Regionsgemeinden koordiniert, so dass im Raum Bern ein einheitliches Verfahren und die gleichen Wettbewerbsbedingungen gelten werden. Dass die neue Abschreibungsform mit Mehraufwand verbunden ist, dürfte klar sein. Ein Mehraufwand, den die PBD mit bestehenden personellen Ressourcen und einer Arbeitszeitverkürzung von 2 Stunden pro Woche realisieren muss. Auch dieses Jahr war der Werkhof II ein Thema. Er soll per Ende Jahr in das Strasseninspektorat integriert werden. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden vom SIB übernommen oder innerhalb der Direktionen neue Arbeitsstellen erhalten. Die Kostenstellenrechnung, die bereits in der Stadtgärtnerei, im Vermessungsamt und im Tierpark eingeführt ist, soll ab 1.1.1999 in der ganzen PBD realisiert werden. Zur Überbauungsordnung Weyermannshaus-West wurde der GPK mitgeteilt, dass eine Annäherung der Parteien erfolgt sei, und die Vorlage demnächst parlamentarisch beraten werden könne. Für den Entwicklungsschwerpunkt Ausserholligen sind private Investoren voraussichtlich nicht zu interessieren, bevor die öffentliche Hand Vorinvestitionen, z.B. Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr, erbracht hat. Mit Interesse konnte die GPK zur Kenntnis nehmen, dass die Befragung im Nordquartier zur Quartierpartizipation ausgewertet und die Studie abgeschlossen ist. Ob und wenn ja in welcher Form diese Erkenntnisse in die neue Gemeindeordnung einfließen werden, wird die Projektleitung der GO-Revision abzuklären haben. Der Gurten-Ausschuss, präsiert vom Stadtgärtner, wird voraussichtlich per Ende 1998 aufgehoben. Die Migros wird das Gurtengelände auf 31. Dezember 1998 oder 1. Januar 1999 übernehmen. Auch zur Sanierung der Kornhausbrücke wurden Fragen gestellt. Es werde ein grosser Aufwand betrieben, um die Immissionen zu minimieren. Es wurde eine erneute Information der Bevölkerung über das Ausmass der Immissionen in Aussicht gestellt. Eine andere Frage betraf die neue Technik, mit der die neuen Tramschienen verlegt worden sind. Diese Technik sei primär der geforderten Lärmreduktion wegen gewählt worden. Das Tiefbauamt wird auf Anregung der GPK das Gespräch mit den SVB noch einmal aufnehmen, da das Befahren der Kornhausbrücke für die Tramchauffeure und -chauffeusen offenbar unangenehm ist und Unsicherheiten auslöst. Die beschriebene Arbeitsbelastung beim Hochbauamt hat mehrere GPK-Mitglieder aufgeschreckt. Stadtrat und GPK müssen gegenüber den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Verantwortung wahrnehmen, eine gute Ar-

beitsplatzqualität anzubieten. Die GPK wird die Arbeitssituation im Hochbauamt deshalb anlässlich eines Delegationsbesuches in den nächsten Wochen überprüfen. Die GPK hat mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen dürfen, dass der Tierpark in personeller Hinsicht offenbar zur Ruhe gekommen ist. Auch die Lebensqualität der Tiere scheint zu stimmen. Dr. Schildger hat auf eine entsprechende Frage versichert, dass sich die Felsenleguane, die sehr selten in Zoos gehalten werden, im Tierpark ausgesprochen wohl zu fühlen scheinen. Der Besuch bei der PBD hat in einer offenen und angenehmen Atmosphäre stattgefunden, obwohl die Fragen der GPK nicht immer angenehm und nicht immer ohne persönliche Untertöne gestellt worden sind. Abgeschlossen wurde der diesjährige Besuch in der Dampfzentrale. Christian Lindau vom Hochbauamt und der Betriebsleiter der Dampfzentrale führten die GPK durch die verschiedenen Räume und erläuterten die geplanten Umbau- und Sanierungsmassnahmen. Die GPK-Delegation wird sich anlässlich der Besuche in diesem Jahr mit der Arbeitsbelastung im Hochbauamt, den Organisationsveränderungen im Direktionssekretariat PBD und der Sanierung des Kornhauses befassen. Die GPK dankt Gemeinderat Adrian Guggisberg und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seiner Direktion für die geleistete Arbeit. Wir wünschen ihnen eine gute Arbeitsatmosphäre, die ein gegenseitiges sich Ergänzen von jeweiligem Fachwissen und Fähigkeiten möglich macht. Béatrice Stucki bittet den Rat, den Verwaltungsbericht PBD zu genehmigen.

Zur *Finanzdirektion* referiert *Michael Burkard* (JF). Im Berichtsjahr konnte der grossen Belastung der GPK-Delegationen mit NSB wegen nur ein Delegationsbesuch durchgeführt werden. Im Zentrum standen wie im vorangehenden Jahr Fragen rund um die Liegenschaftsverwaltung. Insbesondere wurde die Frage aufgeworfen, ob beim Personal eine Beruhigung eingetreten sei und ob das versprochene Führungshandbuch vorliege. Geantwortet worden ist, dass es recht viele Wechsel gegeben habe, alle Ausgetretenen hätten jedoch eine neue Stelle gefunden. Das Führungshandbuch ist auf Ende 1998 versprochen worden. Die GPK hofft, dass dieser Termin eingehalten werden kann, und dass Verbesserungen in Struktur und Abläufen darin enthalten sein werden. In einem Artikel der "Hauptstadt" von gestern wurde der Eindruck erweckt, dass die GPK die Aussagen des Verwaltungsberichts unbesehen übernehme. Die GPK-Delegation setzt sich jedoch seit mehreren Jahren eingehend mit der Liegenschaftsverwaltung auseinander, hat sich jedoch auch gewisse Spielregeln gegeben.

Verwaltungsbericht 1997: Im Zentrum der Diskussion stand an erster Stelle die Frage der Wiederherstellung des Haushaltgleichgewichts. Der GPK lag der Auszug aus dem FIKO-Protokoll vom 20. April 1998 über eine Grundsatzdiskussion zu dieser Frage vor. In dieser Sitzung wurde nur rudimentär informiert und auf die Ergebnisse des "Runden Tisches" vom 19. Mai verwiesen. Aus diesem Grund beschränkte sich die GPK auf Einzelfragen, die sie mit der Finanzdirektion diskutiert hat: *Zentrumslasten:* Die Diskrepanz zwischen den im Verwaltungsbericht aufgeführten Netto-Zentrumslasten von 56 Mio Franken und denjenigen von 65 Mio Franken, welche die ECOPLAN-Studie ausweist, erklärte sich dadurch, dass es verschiedene Ausgaben- und Einnahmenpositionen gebe, die eingerechnet werden könnten oder nicht. Laut Bericht von ECOPLAN betragen die Netto-Zentrumslasten 65,06 Mio Franken. Werden davon 2,8 Mio für Standortvorteile, 3,2 Mio für mögliche Eigenfinanzierung und 2,4 Mio Franken für Billettsteuern von Auswärtigen abgezogen, resultieren Netto-Zentrumslasten von 56,66 Mio Franken. - *Übernahme gewisser Stellen durch den Kanton im Zusammenhang mit der Kantonalisierung der Gymnasien:* Mit dem Kanton sei vertraglich vereinbart worden, dass Hochbauamt und Stadtgärtnerei gegen Entschädigung durch den Kanton weiterhin Arbeiten für die Gymnasien erledigen werden. Es sei jedoch denkbar, dass nach Abschluss der Kantonalisierung der Berufsschulen gewisse Stellen an den Kanton übergehen werden. Unterschiedliche Anstellungs- und Pensionskassenbestimmungen würden längere Verhandlungen erfordern. - *Voraussehbarkeit des Rückgangs bei den Steuereinnahmen:* Die Abweichungen waren auch für andere Gemeinden nicht voraussehbar. Prognosen namhafter Experten wie z.B. Bundesamt für Konjunkturfragen seien nicht eingetreten. Der Kanton sei gestützt auf diese Prognosen noch optimistischer gewesen als die Stadt und von einer Zuwachsrate von 4% bis 4 1/2% ausgegangen, währenddem die Stadt mit 3% gerechnet habe. - *Rückgang bei den Billettsteuereinnahmen/Erlass:* Eine Ursache des Rückgangs der Billettsteuereinnahmen bildete eine nicht durchgeführte Ausstellung im Kunstmuseum, die zu Min-

dereinnahmen von rund Fr. 90'000.- geführt hat. Ein anderer Grund war, dass den gewerblichen Ausstellungen der BEA in den letzten 3 Jahren keine Billettsteuer belastet worden ist. Dies deshalb, weil die Finanzdirektion vorschnell die Ansicht geteilt hat, Billettsteuer und Mehrwertsteuer könnten nicht gleichzeitig erhoben werden. Gestützt auf ein Gutachten und einen Gerichtsentscheid des Kantons Genf hat sich diese Ansicht als falsch erwiesen. Deshalb werden in Zukunft auch für gewerbliche Ausstellungen wieder Billettsteuern erhoben. Der durch dieses Vorgehen verursachte Ausfall an Billettsteuern beläuft sich für die letzten 3 Jahre auf 1,2 Mio Franken. Eine Nachforderung sei nicht möglich. - *Förderung von Job-Sharing*: Obwohl im Personalreglement verankert und obwohl die Direktionspersonaldienste periodisch darauf hingewiesen werden, bekunden viele Leute in der Stadtverwaltung mit der Stellenteilung immer noch Mühe. Das Personalamt kann die Direktionen nicht zwingen, in Stelleninseraten auf die Möglichkeit des Job-Sharings hinzuweisen. Zur Zeit beträgt der Anteil an Teilzeitstellen 38%. *Anstieg der Überzeitarbeit durch die Einführung der 40-Stundenwoche*: Es sei anzunehmen, dass in einer ersten Phase die Überzeit etwas zunehmen werde. Um einen Ausgleich zu erreichen, sei eine grosse Flexibilisierung der Arbeitszeit vorgesehen. Die täglichen Arbeitszeitgrenzen werden neu von 06.30 Uhr bis 19.30 Uhr festgelegt. In diesem Zeitraum hat niemand Anrecht auf einen Überzeitzuschlag. - *Frauenanteil auf Kaderstufe*: In der Kaderstufe I beträgt der Frauenanteil 8%, in der Kaderstufe II 14%. - *Deckungsgrad der Personalvorsorgekasse*: Zur Zeit liegt der Deckungsgrad der Personalvorsorgekasse bei 90%. Je nach Börsengang kann in 2 bis 3 Jahren ein Deckungsgrad von 100% erreicht werden. Der Gemeinderat strebt einen Deckungsgrad von 100% an. Michael Burkard dankt auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzdirektion, die nicht an der Sitzung anwesend waren, für ihren Einsatz für die Stadt Bern im Berichtsjahr 1997.

Kurt W. Weyermann zur Direktion der Stadtbetriebe: Eine Delegation der GPK hat im Frühjahr 1998 dem Werkhof I einen Besuch abgestattet und die Abteilung Strassensignalisation sowie die Lastwagen- und Automobilreparaturwerkstätte besichtigt.

Die wichtigsten Antworten auf Fragen aus der GPK: Beim EWB drehte sich das Gespräch hauptsächlich um die zukünftige Rechtsform. Eine Studie ergab, dass bei einer Verselbständigung des EWB eine öffentlich-rechtliche Unternehmung gebildet werden sollte, damit die politische Einflussnahme auch künftig gewährleistet werden kann. Ein Spezialist des Verbands der schweizerischen Elektrizitätswerke kam jedoch zum Schluss, dass eine AG das Richtige wäre. Ob es beim EWB zu einer Verselbständigung kommt, ist noch nicht entschieden. Die Direktion wurde beauftragt, dem Gemeinderat bis Ende August 1998 einen Vorgehensplan zu unterbreiten und aufzuzeigen, was vorzukehren wäre, um für die Zukunft gewappnet zu sein. In den letzten Monaten ist das unternehmerische Denken des EWB durch den Entscheid der EU-Behörden, bereits auf 1.1.1999 den Elektrizitätsmarkt zu öffnen, in den Vordergrund gerückt worden. Bereits heute wird in der EU um gute Kunden und Absatzanteile gekämpft. Das EWB kann sich auf dem Markt nur bewähren, wenn es ein Unternehmen ist, das selbständig handeln kann. Der Direktor des EWB bezeichnet es als momentan schwierig, eine Strategie vorzulegen. Es wäre schade, wenn lange über Einzelaspekte eines solchen Projektes diskutiert und dadurch die guten Chancen verpasst würden. - *Zur Energiefachstelle*: Hier ging es um den Energieverbrauch. Der Leiter der Energiefachstelle hält fest, dass der gesamte Verbrauch fossiler Energie in der Stadt Bern nicht ansteigen sollte, wie dies im Programm "Energie 2000" gefordert wird. Erdöl sollte vermehrt durch Gas ersetzt werden. In der Energiepolitik sind grosse Widersprüche festzustellen. Politikerinnen und Politiker der RGM-Parteien und andere ihnen nahestehende Kreise fordern stets, dass erneuerbare und saubere Energie gefördert werden, sind jedoch vehement gegen Produktionssteigerungen in Kernkraftwerken oder einen Ausbau der Wasserkraft. Gemäss Aussagen des Leiters der Energiefachstelle werden immer noch rund 60% der Elektrizität mit Wasserkraft produziert. - *Zur GWB*: Die EU-Minister haben im November 1997 auch beschlossen, den europäischen Gasmarkt in drei Schritten zu öffnen. Es sollen vorerst 20%, nach 5 Jahren 28% und nach 10 Jahren 33% des jährlichen Gasverbrauchs pro EU-Mitglied freigegeben werden. Es ist jedoch nicht zwingend, dass die Schweiz diese EU-Richtlinien einhält, sie wird jedoch nicht darum herum kommen, da der Druck seitens der Schweizer Wirtschaft ebenfalls gross ist. Die GWB wird sich anpassen müssen, um weiterhin Neukunden für die

Gasabnahme finden zu können. Der Gasbedarf für die Schweiz macht weniger als 1% des gesamten europäischen Markts aus. - Zur *Wasserversorgung*: Im Aaretalwerk II in Belp sind verschiedene Probleme aufgetaucht: Z.B. sind Köcherfliegenlarven im Trinkwasser aufgetaucht, und der tiefe Wasserspiegel in den Biotopen in der Belpau führte zu Diskussionen. Die Schwierigkeiten sind darauf zurückzuführen, dass sehr grosse Eingriffe mittels Naturschutzmassnahmen erfolgt sind. Es wird zum Teil nötig sein, diese Massnahmen wieder rückgängig zu machen, was der Direktor der GWB an kürzlich erstellten Luftaufnahmen erläuterte. *Städtische Verkehrsbetriebe*: Die SVB sind in eine öffentlich-rechtliche Unternehmung überführt worden. Es entstanden dadurch Probleme mit den Fahrdienstangestellten. Buschauffeure und -chauffeusen sind Einzelkämpfer und haben nach Dienstschluss ein Kommunikationsbedürfnis, das dadurch gewährleistet werden muss, dass in der Direktion verschiedene Massnahmen getroffen werden, wie Durchführung eines Feldrapportes dreimal im Jahr, ein Kummerkästchen und Gespräche mit der Betriebschefin, die jederzeit möglich sind. Für den SVB-Direktor ist die Pressekampagne vom letzten Herbst unverständlich. Er verweist in diesem Zusammenhang auf das Ergebnis einer anonymen Umfrage über die Arbeitszufriedenheit von Ende 1996. Der Rücklauf dieser Umfrage war sehr gross, und 91% der Antwortenden fühlten sich sehr wohl, wohl oder normal bei den SVB, nur 9% fühlten sich schlecht oder sehr schlecht. Nach Aussagen des SVB-Direktors ist zu hoffen, dass die SVB nicht einiger weniger Unzufriedener wegen erneut in die Schlagzeilen der Presse gelangen. Zum *Strasseninspektorat*: Das SIB gehört zu den Pilotprojekten des NSB. Es hat sich im Berichtsjahr mehr denn je für die Sauberhaltung unserer Stadt einsetzen müssen. Seit der Einführung der Kehrichtsackgebühr ist der Strassenkehricht von 718 Tonnen um 430% auf 3827 Tonnen gestiegen. Dieser Kehricht muss mühsam eingesammelt werden. Die Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt haben mit der Wegwerfmentalität grösste Mühe. - Abschliessend dankt Kurt W. Weyermann Gemeinderat Alfred Neukomm für seine vorzügliche Arbeit und den Chefbeamten und Chefbeamtinnen für die Beantwortung der Fragen aus der GPK und ihren Einsatz für die Stadt Bern.

Zur *Fürsorge- und Gesundheitsdirektion* spricht Ursula Rudin-Vonwil (LdU). Eine Dreierdelegation der GPK hat die FGD im Berichtsjahr zweimal besucht. Die schlanke Verwaltung ist auch in der FGD ein Thema. Sie unternimmt Anstrengungen, in Zeiten der Finanzknappheit der öffentlichen Hand klare Prioritäten zu setzen und die Mittel zielgerichtet und haushälterisch einzusetzen. Die Strategie der *städtischen Sozialplanung* erwartet von den Sozialhilfeempfängern und -empfängerinnen vermehrt eine Gegenleistung, die den KOS-Richtlinien entspricht. Damit soll erreicht werden, dass diese Leute von der öffentlichen Hilfe zum Teil weggelassen und die Integration gefördert wird, d.h. von Armut betroffenen Leuten soll mit Unterstützungsmassnahmen geholfen werden, damit sie sich möglichst rasch wieder allein zurechtfinden. Im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit wird versucht, mit dem Projekt "Arbeit statt Fürsorge" in der offenen Wirtschaft, in Non-Profit-Organisationen, in der Stadtverwaltung oder in einem Beschäftigungsprogramm Arbeit zu vermitteln. Um Arbeitsverträge zu überprüfen und Lohndumping zu vermeiden, sind die Gewerkschaften und die Arbeitgeberseite in Begleitgruppen vertreten. Der Optimismus der Fürsorge- und Gesundheitsdirektorin, die Wirtschaft lasse sich vermehrt in die ganze sozialpolitische Problematik einbinden, konnten nicht alle GPK-Mitglieder teilen. Auch die veränderten besseren Abschlüsse der *Altersheime* haben Fragen aufgeworfen. Es wurde darauf hingewiesen, dass diese auf die Erhöhung der Krankenkassenpauschale zurückzuführen seien. Die Qualitätssicherung sei ein wichtiges Thema in den städtischen Altersheimen. Die Arbeit der *SPITEX* wird gerühmt. Als Nachteil wird empfunden, dass Gemeindekrankenhelferinnen nur bis 19.00 Uhr arbeiten. Ab dieser Zeit läuft alles über den Notarzt. Die GPK regte an, eine Ausdehnung der Arbeitszeit zu überprüfen und eine zentrale Telefonnummer zu schaffen. Die Verwaltung gibt zu, dass einiges noch verbesserungswürdig sei. Sie gibt jedoch zu bedenken, dass ein Ausbau der Arbeitszeiten mit sehr hohen Kosten verbunden wäre. Die Höhe des Beitrags der Stadt Bern an den *Spitalverband* wurde von der GPK ebenfalls thematisiert. Gemeinderätin Ursula Begert wird die städtischen Abgeordneten im Spitalverband über die neue Unternehmensstrategie orientieren. In bezug auf die *subventionierten Betriebe im Jugendamt* wird von der GPK darauf hingewiesen, dass für ehrenamtlich tätige Personen eine Art Zeugnis auszustellen sei. Gemeinderätin Begert erklärte, sie könne die Freiwilligenarbeit nicht überprüfen.

Die Ausstellung eines solchen Zertifikats sei Sache der Institutionen. Das Anliegen werde jedoch geprüft. Die Stadt Bern ist auf ehrenamtliche Tätigkeiten angewiesen, und es braucht Diplomatie und ein partnerschaftliches Vorgehen, um Leute dafür zu gewinnen. Im *Jugendamt*, das ein Pilotprojekt ist, weiss im Moment niemand mehr, was in welchem Bericht: Verwaltungsbericht, NSB oder Schlussbericht, aufgenommen werden muss. Die direktionsübergreifende Steuerungsgruppe und die zu schaffende Spezialkommission sollten zur Klärung beitragen. In der *Heilpädagogischen Sonderschule* werden Veränderungen bei den Behinderungsformen festgestellt. Das erfordere Anpassungen bei den Lehrkräften und beim Betreuungspersonal. Zusammen mit dem Sozialdienst werden neue Lösungsansätze gesucht. Aufgrund einer Nachfrage aus der GPK wurde bestätigt, dass das *AfUL* bei Verkehrsmassnahmen einbezogen wird. Das Durchsetzen von Verkehrsmassnahmen sei jedoch relativ schwierig. Es sei jedoch eine klare Zielsetzung des Verkehrskonzeptes, den Verkehr in der Stadt Bern zu reduzieren. Auf eine Frage, ob es Aufgabe der Stadt sei, einen *Schlachthof* zu führen, wurde geantwortet, dass eine Privatisierung tatsächlich geprüft werde. Der Schlachthof ist jedoch noch nicht abgeschrieben. Bei einem Verkauf müsste die Stadt auf rund 9 Mio Franken verzichten. Die Metzgerschaft wäre allenfalls bereit, den Schlachthof zum Nulltarif zu übernehmen. Der Schlachthof entspreche zwar nicht mehr den EU-Anforderungen, für schweizerische Verhältnisse seien die Einrichtungen jedoch immer noch super. Die EU-Anforderungen sind so hoch, weil die EU selber über Fleischberge verfügt. Ein Verkauf oder eine Sanierung wird wahrscheinlich eine Volksabstimmung bedingen. Im Verwaltungsbericht wird von einer mengenmässigen Mehrbelastung bei den *Rückwärtigen Diensten* gesprochen. Die Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hinblick auf die 40-Stunden-Woche wird ein Thema der GPK-Delegation sein. Die GPK dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fürsorge- und Gesundheitsdirektion für ihre Arbeit und wünscht ihnen weiterhin alles Gute.

Zur *Polizeidirektion* spricht *Michael Burri* (GFL). Die GPK konnte anlässlich ihres Verwaltungsbesuchs bei der Polizeidirektion einen neuen Chefbeamten begrüssen, nämlich Peter Salzgeber, der als Bereichsleiter Sanitätspolizei die Nachfolge des altershalber zurückgetretenen Walter Michel angetreten hat. Etwas überraschend war die beiläufig abgegebene Information, wonach die seinerzeit ebenfalls von Walter Michel geleiteten Badebetriebe mit dem Stellenantritt seines Nachfolgers zur Abteilung Feuerwehr und Zivilschutz transferiert worden seien. Die GPK wurde auf Anfrage im Sinne eines Zwischenberichts über diese verwaltungsinterne Reorganisation orientiert, und der nächste Besuch der GPK-Delegation wird der Sanitätspolizei gewidmet sein. Ebenso steht eine Orientierung über die Reorganisation der Stadtpolizei, welche das Schicksal der Quartierwachen thematisieren wird, bevor. Was die Einführung des *EDV-Systems "Kobra"* anbelangt - die entsprechende Kreditvorlage wurde vom SR im Berichtsjahr verabschiedet -, erfuhr die GPK, dass diese Einführung gestaffelt erfolge und erst im Jahr 2000 abgeschlossen sein werde. Die finanzielle Bedeutung dieses Geschäfts dürfte es rechtfertigen, es zum Gegenstand eines Besuchs der GPK-Delegation zu machen. Aus demselben Grund hat die Delegation im Februar dieses Jahres die neue Einsatzleitzentrale der Stadtpolizei in der Kaserne am Waisenhausplatz besichtigt. Im Zusammenhang mit dem *Projekt "Kristall"* ist ein Formular geschaffen worden, womit die Angehörigen der Stadtpolizei ihren Vorgesetzten kritische Vorfälle (Auseinandersetzungen mit Bürgerinnenn und Bürgern) melden können. Von dieser Möglichkeit wird rege Gebrauch gemacht. Je nach Vorfall wird der betroffene Bürger oder die betroffene Bürgerin angefragt, ob er/sie ein persönliches Gespräch mit der Stadtpolizei wünsche. Dass ein derartiges "Ombudsverfahren in eigener Sache" geschaffen wurde, schien der GPK sehr begrüssenswert. Geprüft werden könnte allenfalls ein Ausbau. Vom Direktionssekretariat erfuhr die GPK, dass ein Entwurf für ein *Reglement über das Ortspolizeirecht* (teilweise in Erfüllung der beiden GPK-Motionen von 1988 im Anschluss an die Tschernobyl-Demo-Untersuchung) dem Gemeinderat am 1. April 1998 zwecks Einleitung eines Mitberichtsverfahrens unterbreitet worden ist. Das *Parkgebührenreglement* soll demnächst wieder an die Hand genommen werden. Die *Aktion "Citro"* war insofern ein Thema beim GPK-Besuch, als die Aufnahme einer neuen Statistik über die Anzahl verfügbarer Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht (inkl. Beschwerden) angeregt wurde, womit sich entsprechende Interpellationen im Stadtrat erübrigen würden. Von der *Verkehrsabteilung der Stadtpolizei* liess sich die GPK über das neue *Par-*

kleitsystem informieren, welches zwar eine etwas bessere Auslastung der entfernteren Parkhäuser (Neufeld-Parking) gebracht hat, nicht jedoch des Metro-Parkings. Hier wird erst eine Verlegung der Einfahrt, mit der sich der neue Stadtgenieur derzeit schwergewichtig beschäftigt, Abhilfe bringen. Was den *Erlass bzw. die Änderung von Rechtsnormen* betrifft, scheint nach vorübergehendem Abschluss der Arbeiten am Reglement über das Ortspolizeirecht am meisten Handlungsbedarf, aber auch eine Handlungsabsicht beim Polizeinspektorat zu liegen. Der Polizeidirektor hat sich ausdrücklich zum Ziel gesetzt, in der laufenden Legislatur das gesamte Gewerbepolizeirecht zu überarbeiten (Projekt "Gerko = Kodifikation im Gewerbepolizeirecht). Stichworte dazu: Plakat- und Taxiwesen. Vom *Feuerwehr-Kommandanten* erfuhr die GPK schliesslich, dass diese Abteilung "nicht gerade ein typischer NSB-Betrieb" sei, zumindest die Einführung der Kostenrechnung werde aber etwas bringen, so dass sich der mit NSB verbundene Aufwand lohnen dürfte. - Wie die entsprechende Statistik im Anhang des Verwaltungsberichts 1997 beweist, haben die Angehörigen der Polizeidirektion, insbesondere der Stadtpolizei, mit Abstand am meisten *Überstunden* aller Direktionen geleistet, und zwar wiederum mehr als in den Vorjahren. Im laufenden Jahr dürfte sich diese Tendenz aufgrund der Aktion "Citro" noch verstärken. Massnahmen, um dieser zunehmenden Belastung entgegenwirken zu können, sind dringend angezeigt. Die Reformen, welche eingeleitet worden sind (Projekte "Apollo", "Kristall"), sind deshalb zu begrüßen, ebenso die laufenden Abklärungen betreffend teilweise Zusammenlegung einzelner Dienste von Stadt- und Kantonspolizei. Dieses grossen, nicht selbstverständlichen Einsatzes im vergangenen Jahr wegen, möchte die GPK den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizeidirektion ganz besonders "merci" sagen.

Zur *Schuldirektion* spricht *Konrad Bossart* (CVP). Fragen aus der GPK zum Verwaltungsbericht der Schuldirektion bezogen sich vor allem auf die Kantonalisierung, Finanz- und Jugendprobleme und Abgrenzungen von Aufgaben und Verantwortlichkeiten innerhalb der Stadtverwaltung von Bern. Zur *Kantonalisierung*: Der Verzögerung des Verkaufs von relevanten Schulanlagen an den Kanton wegen ist die Stadt weiterhin für den Unterhalt der Gebäulichkeiten verantwortlich. Die Kosten für Sanierungsarbeiten während der Übergangslösung bezahlt jedoch der Kanton. Die Nutzungsrechte der Unterrichtsräume, Turnhallen und Aussenanlagen werden von den Verhandlungen nicht tangiert. Die Nutzung neben dem ordentlichen Schulbetrieb wird heute und bis auf weiteres von der Stadt bewirtschaftet. Einiger Abklärungsaufwand hat sich bei der Personalübernahme des Kantons ergeben, z.B. im Hauswartsdienst. So sind die Regelungen der beiden Pensionskassen nicht aufeinander abgestimmt. Differenzen bei Übertritten erfordern deshalb individuelle Problemlösungen und Verhandlungen zwischen Stadt und Kanton. Dies sind leider aufwand- und kostenintensive Aufgaben, welche zusätzlich vom städtischen Personal in der Schuldirektion bewältigt werden müssen. Die Reduktion der Arbeitszeit auf 40 Stunden löst somit nicht nur Begeisterung aus. Bedenken bezüglich hohen Überzeitbelastungen wurden geäussert. - *Finanz- und Jugendprobleme*: Bewusst werden diese beiden Punkte zusammen erwähnt. Denn insbesondere im Bereich Jugend zeigt es sich deutlich und gravierend, was es heisst, finanzieller Schwierigkeiten wegen zu wenig Mittel zur Verfügung zu haben. Die Gewalt von Jugendlichen an Sachen, aber leider auch an Mitmenschen hat in letzter Zeit zugenommen. Ein Phänomen, welchem grosse Beachtung geschenkt werden sollte. Doch leider sind gerade hier die schlechten finanziellen Aussichten immer wieder Grund dafür, dass sinnvolle Jugendprojekte erst gar nicht aus der Idee weiterentwickelt werden. Das stetige Zusammenrücken verschiedener Kulturen, die immer schnellere technische Entwicklung und die nach wie vor unklaren wirtschaftlichen Aussichten, welche unsere Kinder in der Schule und während der Lehrzeit extrem stark erleben, sollten von der politischen Seite stärker beachtet und entsprechend unterstützt werden. - *Abgrenzungen von Aufgaben und Verantwortlichkeiten*: Von der Schuldirektion wurde bestätigt, dass die Aufgaben zwischen dem Hochbauamt, der Planungs- und Baudirektion und den Zentralen Diensten Bau und Unterhalt der Schuldirektion klar abgegrenzt werden, damit keine Doppelspurigkeiten entstehen. Ein wichtiger Punkt in diesem Bereich ist die grosse zeitliche und psychische Belastung ehrenamtlich Tätiger im Schulbereich, z.B. der Schulkommissionsmitglieder. Von der Schuldirektion wurde bestätigt, dass von den Schulkommissionsmitgliedern vermehrt hohe Verantwortung getragen werden müsse. Die Verantwortlichen im Schulamt legen deshalb grossen Wert darauf, die Kommis-

sionen aktiv zu unterstützen. Es werden auch Kurse zu verschiedenen Themen angeboten. Trotzdem scheint in diesem Bereich Handlungsbedarf vorhanden. - *Delegationsbesuche*: 1997 sind bei der Schuldirektion aufgrund der hohen zeitlichen Belastung keine Delegationsbesuche durchgeführt worden. 1998 sind welche geplant. Anfangs dieses Jahres hat sich die GPK-Delegation von Schuldirektorin Claudia Omar und Ursula Ackermann, Leiterin des Gesundheitsdienstes, eingehend über die generellen städtischen Präventionsmassnahmen (Drogen, Ernährung usw.) und die damit verbundenen Probleme informieren lassen. Der Besuch bei der Schuldirektion verlief für die GPK sehr angenehm. Es wurde offen und transparent informiert. Konrad Bossart dankt der Schuldirektorin und ihren engsten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nochmals für den netten Empfang und die gastliche Bewirtung in der Tagesschule Länggasse.

Fraktionserklärungen

Für die SD-Fraktion spricht *Ernst Stauffer*. *Allgemeiner Teil des Verwaltungsberichts*: Betreffend Gemeindeabstimmungen stellen wir fest, dass trotz der Möglichkeit der brieflichen Stimmabgabe mit 22% bis 46% die schlechte Stimmbeteiligung nicht wesentlich verbessert worden ist. Gemeinderat und Stadtrat können dem u.a. dadurch entgegenwirken, indem eingehalten wird, was in den Abstimmungsbotschaften versprochen wird. Auch wenn eine neue Situation entsteht, ist es schlecht, wenn abgegebene Versprechen, die in den Abstimmungsbotschaften schriftlich festgehalten wurden, nachträglich nicht eingehalten oder abgeändert werden (z.B. Parkkartengebühren). Im Volk heisst es dann wieder: "Die machen doch, wie sie wollen." Bei der *Präsidialdirektion* finden wir, das Thema Drogenpolitik werde kurz abgehandelt, obwohl doch Drogenhandel und kriminelle Asylanten in weiten Bevölkerungskreisen ein ganz

wichtiges Kriterium sind. Die Reitschule, für uns nach wie vor ein rotes Tuch, wird in rosigen Farben dargestellt. Ein breiter Raum im Verwaltungsbericht nimmt die Denkmalpflege ein. Sie sei an den Grenzen ihrer Möglichkeiten angelangt. Gegen eine entsprechende Personalaufstockung werden wir uns vehement wehren, denn wir finden nach wie vor, die Stadt erfülle hier eine kantonale Aufgabe, die entweder abgebaut oder vom Kanton mindestens besser entschädigt werden sollte. Von der Tätigkeit des Finanzinspektorats nehmen wir mit Befriedigung Kenntnis. Diese Kontrollinstanz ist unabhängiger als die hauseigene und Vertrauen ist gut, Kontrolle ist jedoch besser. Bei der *Polizeidirektion* nahmen wir den Abschnitt über die Polizeiwachen mit grossem Interesse zur Kenntnis. Wir fordern den Gemeinderat auf, die Quartierwachen nicht zu schliessen und den Schutz der Quartierbevölkerung wirklich ernst zu nehmen. Abschliessend dankt Ernst Stauffer dem Gemeinderat und der Stadtverwaltung für die geleistete Arbeit im abgelaufenen Jahr.

Regula Keller (GB) für die Fraktion GB/JA! Auch wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der städtischen Betriebe und der Stadtverwaltung für ihre Arbeit, die allen in dieser oder jener Art zugute kommt. Der Gemeinderat hat die RGM-Politik in grossen Teilen weiterverfolgt. Das erste Jahr der neuen Legislatur brachte Klärung in einigen wichtigen Fragen, was im Verwaltungsbericht zum Ausdruck kommt. Konzepte der wichtigen regionalen Zusammenarbeit sind konkretisiert worden. Leider haben noch nicht alle Gemeinden der finanziellen Beteiligung an den Berner Kulturinstitutionen zugestimmt. Von der Präsidialdirektion wurde in dieser Sache grosse Arbeit - auch Überzeugungsarbeit - geleistet. Dass in der Stadt Bern trotz finanziell schwieriger Zeit das Schlachthaus-Theater eröffnet werden konnte, freut uns sehr. Die Finanzen bereiten uns immer noch Sorgen. Die Finanzstrategie des Gemeinderats geht in Richtung eines Politik-Lösungsansatzes. Hier sind alle Seiten aufgefordert, einen Beitrag zu leisten. Neue Wege sind nicht ausgeschlossen, einer führt z.B. zum runden Tisch. Wir warnen einmal mehr vor allzu rigorem Sparen. Auch in Zeiten wie den heutigen sind wir an unsere soziale Verantwortung gebunden. Sinnloses Sparen und Abbau bei wichtigen Dienstleistungen, wie z.B. beim öffentlichen Verkehr, bei der Beachtung der Luftreinhalteverordnung und bei anderem mehr, bringt Folgekosten, die uns später belasten werden. Eine Klärung in der Verkehrspolitik brachte die Abstimmung zum Schanzentunnel. Der Gemeinderat war zwar nicht der gleichen Meinung wie die Abstimmenden, die Ablehnung führte jedoch zu einer Öffnung und Entkrampfung, was im Verwaltungsbericht ausgedrückt wird. Mit

der überwiesenen RGM-Motion "Bahnhofplatz für alle" stehen neue Möglichkeiten offen. Kritik zur Polizeidirektion wird von unserer Seite in der Detailberatung geäussert. Insiderinnen wissen, dass sich der Gemeinderat für neue Drogenabgabeplätze eingesetzt hat, dass er für die Entkriminalisierung des Konsums weicher Drogen ist. Die Task-Force Drogenpolitik ist ein Versuch, direktionsübergreifend besser zusammenzuarbeiten. Mit dem grossen Aufsehen der Aktion "Citro" wurde vor allem die repressive Seite der Drogenpolitik hervorgehoben. Bereiche wie Prävention, Betreuung und Überlebenshilfe wurden zum "Ferner liefern". Wir warten immer noch auf die Eröffnung einer zweiten Anlaufstelle. Wir fordern den Gemeinderat auf, mit der Verwirklichung der erarbeiteten guten Konzepte weiterzufahren und sich nicht von seinen sozialen und ökologischen Aufgaben abbringen zu lassen.

Für die Fraktion CVP/ARP/FPS spricht *Arnold Bertschy* (CVP): Wir haben den Verwaltungsbericht 1997 mit Anhang aufmerksam gelesen und besprochen. Die meisten unserer Fragen konnte unser Vertreter in der GPK - vor allem auch aufgrund der Verwaltungsbesuche - beantworten. Noch bestehende Unklarheiten haben wir im Sinne der immer wieder zitierten Effizienz des Ratsbetriebs den einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung direkt gestellt, wobei wir feststellen konnten, dass sich diese Methode bestens bewährt: Einerseits werden die Fragen direkt von kompetenten Leuten beantwortet, andererseits besteht die Möglichkeit, vorhandene allfällige Missverständnisse oder gar Vertrauensverluste aus der Welt zu schaffen. Unsere Vorgehensweise hat allerdings den Nachteil, dass sie nicht sehr spektakulär ist und auch den Medien keinen Stoff liefert. Das stört uns jedoch nicht. Wir verzichten deshalb, im Detail auf die einzelnen Direktionen einzugehen. Die in unserer Stadt anstehenden Probleme lösen wir nicht mit der Behandlung des Verwaltungsberichts. Wir bezweifeln, ob die Chance - wie auf Seite 15 des Verwaltungsberichts steht - wirklich intakt ist, damit die laufende Legislaturperiode als Entscheid- und Realisierungslegislatur in die Annalen eingehen wird. Wollen wir dieses Ziel erreichen, muss sowohl im Gemeinderat wie im Stadtrat ein gewaltiges Umdenken stattfinden. Abschliessend dankt Arnold Bertschy den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung bestens für ihren grossen Einsatz und ihre Hilfsbereitschaft. Ein grosser Dank gebührt jedoch auch unseren Kolleginnen und Kollegen in der GPK, die jedes Jahr im Zusammenhang mit dem Verwaltungsbericht einen besonderen Effort leisten müssen.

Auch *Ueli Stüchelberger* (GFL) dankt der Stadtverwaltung im Namen seiner Fraktion für die Arbeit, die 1997 geleistet worden ist und für die Mühe, die sich die Beamten und Beamtinnen bei der Beantwortung der Vorstösse geben. Der Verwaltungsbericht ist umfassend, und soweit ersichtlich, ist gute Arbeit geleistet worden. 1997 war ein Jahr mit grossem Aufwand: sehr viele grosse Geschäfte mit bedeutenden Volksabstimmungen. Hinter jeder Volksabstimmung steht ein grosser Aufwand. Dank gebührt speziell auch der GPK, welche jedes Jahr im Rahmen der Verwaltungskontrolle einen grossen Aufwand betreiben muss. Negativ aufgefallen ist Ueli Stüchelberger, dass ein Teil der eingereichten Vorstösse immer noch nicht behandelt oder sehr rudimentär beantwortet worden ist. Beispiele: Motion der GPK von 1988 betreffend Ortspolizeireglement: Die vom Stadtrat bewilligte Fristverlängerung zur Erfüllung der Motion lief im März 1998 ab. Der Gemeinderat hat noch keinen Entwurf für ein Reglement unterbreitet. Eine Motion betreffend Überbauungsordnung EMPFA-Areal vom März 1990 und das Reglement über die Parkplatz-Ersatzabgaben wurden vom Gemeinderat noch nicht behandelt. Nimmt der Gemeinderat das Parlament wirklich ernst? Diese Kritik schmälert jedoch die gesamte Arbeit der Verwaltung nicht. Welches ist der Nutzen des Verwaltungsberichts 1997 für den Stadtrat als Plenum? Eine echte Beurteilung der Arbeit der Verwaltung ist aufgrund dieses Verwaltungsberichts nicht möglich, denn wir kennen die Zielsetzungen, die sich die Verwaltung selber gegeben hat, nicht. Der Verwaltungsbericht enthält zwar interessante Details, es können jedoch keine politischen Schlüsse daraus gezogen werden. Ein Direktvergleich mit dem Vorjahr ist in der Regel nicht möglich, auch kein Direktvergleich innerhalb der Direktionen. Das zeigt, dass der Verwaltungsbericht als Kontrollinstrument für den Stadtrat als Plenum ungeeignet ist. Anders ist es für die GPK. Der Verwaltungsbericht muss von ihr diskutiert werden. Die Chancen, die mit NPM wahrgenommen werden können, sollten auch wahrgenommen werden. Fragen sollten z.B. nur noch in der GPK gestellt und von der Verwaltung beantwortet werden. Die entsprechenden Protokolle

könnten den Ratsmitgliedern zugestellt werden. Ferner sollte dem Stadtrat ein Bericht bezüglich Erreichung der Ziele der einzelnen Produkte zugestellt werden, damit die Verwaltung an Produkten gemessen werden kann. Die Würdigung der Arbeit des Gemeinderats könnte darin bestehen, dass ein Bericht zum Stand der Umsetzung der Legislaturrichtlinien abgegeben wird. Änderungen sind dringend notwendig, damit der Rat Zeit für echte Kontrollfunktionen einsetzen kann. Es sollte ihm ein Bericht unterbreitet werden, woraus er politische Schlüsse ziehen und die Arbeit der Verwaltung echt würdigen kann.

Für die Fraktion EVP/LdU spricht *Ursula Rudin-Vonwil* (LdU). Wir erhielten den Eindruck, dass das Personal der Stadtverwaltung zum Teil am Limit arbeitet. Die starke Belastung reicht vom Kader bis zur untersten Stufe. Das macht uns Sorgen. Wir haben schon vor einem Jahr dazu aufgerufen, die Menschen in der Verwaltung nicht zu verheizen. Dass nur motiviertes Personal die Aufgaben zur Zufriedenheit erledigen kann, wurde schon festgehalten. Aus finanztechnischen Gründen haben wir einer 40-Stundenwoche zugestimmt. Für unsere Fraktion heisst dies, dass der Stadtverwaltung in Zukunft weitere Aufgaben nur sehr sorgfältig zugeteilt und bestimmte Aufgaben auch hinterfragt werden müssen. Zusätzliche Aufgaben bedeuteten somit Stellenschaffungen oder dass andere Aufgaben nicht erfüllt werden könnten. NSB verlangt von den einen viel, von andern sogar sehr viel zusätzliche Arbeit. Trotz dieser enormen Belastung erhielten wir den Eindruck, dass in der Verwaltung im grossen und ganzen gute Arbeit geleistet worden ist. Grösstenteils ist sogar ein echtes Engagement zu spüren, um das vom Sturm geschüttelte Schiff, sicher in den Hafen führen zu können. Dafür danken wir allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung herzlich. - Im *Drogenbereich* hat sich im Berichtsjahr einiges bewegt. Noch vor einem Jahr hatte unsere Fraktion den Eindruck, die Polizei habe vor der Dealerszene kapituliert und eine vernünftige Zusammenarbeit mit der Fürsorge sei nicht mehr möglich. Wir sind dem Gemeinderat dankbar, dass er den Mut aufgebracht hat, sämtliche Betroffenen an einen Tisch zu bringen und Kontakte schaffte, die eine vernünftige Zusammenarbeit ermöglicht. Für allfällige weitere Probleme hoffen wir, dass diese Art Vorgehen weiterhin angewendet wird. *Umweltschutz und Verkehrsprobleme* spielen keine Hauptrolle im Verwaltungsbericht. *Finanzen und Einsparungen* sind sehr dominant. Wir unterstützen zwar das finanzielle Engagement von Gemeinderat und Verwaltung, sind jedoch der Meinung, dass vielleicht ein runder Tisch auch im Zusammenhang mit der Stadtflucht dringend nötig wäre. Wir warten gespannt auf die *Umsetzung des Integrationsleitbildes*, das für unsere Stadt einen wichtigen Schritt in die Zukunft bedeutet. Mit gleicher Spannung erwarten wir das uns schon lange versprochene *Abfallkonzept*. Unsere Fragen haben wir durch unsere GPK-Vertretung stellen lassen.

Rudolph Schweizer dankt im Namen der SVP-Fraktion für die im Berichtsjahr von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung geleistete grosse und engagierte Arbeit. Wir finden den Verwaltungsbericht, dem Verschiedenes entnommen werden kann, etwas Wichtiges. Wir möchten daran festhalten. Die Detailberatung finden wir jedoch überflüssig. - Zur *Präsidialdirektion*: 1997 begann eine neue Legislaturperiode. Bereits am Ende des ersten Jahres nimmt der Stadtpräsident eine Leistungsbeurteilung vor. Aus der Sicht der Präsidialdirektion soll in den Jahren 1997 bis 2000 der Begriff Entscheid- und Realisierungslegislatur in die Annalen eingehen. Dies im Gegensatz zur letzten, die als Konzeptlegislatur zu betrachten sei. In den Jahren 1993 bis 1996 wurden tatsächlich viele Konzepte ausgearbeitet, aber was ist realisiert worden? Wir fordern den Gemeinderat auf, mit der Umsetzung nun sofort zu beginnen. Stichworte dazu: Masterplan Bahnhof Bern, Stadtplätze, Stadion Wankdorf, NAHA 2, Planung Brünnen, von Roll-Areal, Rehhag, Oberwangen, Wangenmatt, Drogenpolitik, Revision der Gemeindeordnung, NSB. Die SVP-Fraktion fordert nun Taten. Worte sind genügend gefallen. Die nächste Generation wird die Leistung des heutigen Gemeinderats anhand des Realisierten messen. Wir brauchen auch keine behindernde Denkmalpflege, sondern eine wirtschaftsfreundliche und innovative Verwaltung. Zur *Polizeidirektion*: Nach wie vor ist in der Bevölkerung Unsicherheit vorhanden. Wir fordern eine grössere Polizeipräsenz in Uniform. Sehr wichtig ist für uns, dass die Polizei- und die Fürsorge- und Gesundheitsdirektion nun endlich enger miteinander arbeiten und nicht mehr gegeneinander. In der psychologischen Ausbildung des Korps ist endlich etwas getan worden. Gegen die Zunahme der Strassenverkehrsunfälle ist etwas zu unternehmen. - Bei der *Fürsorge- und Ge-*

sundheitsdirektion finden wir es wichtig, dass die Arbeiten an den sozialpolitischen Leitlinien und Strategien konsequent abgeschlossen werden konnten. Die Armut soll nicht finanziert und verwaltet werden. Alle unterstützten Personen sollen zum Mitmachen angehalten werden. Die *Planungs- und Baudirektion* bitten wir, nun endlich die projektierten Bauvorhaben umzusetzen. Die Submissionsverordnung aus dem Jahr 1972 muss überarbeitet werden. Dass der *Werkhof II* vom SIB übernommen wurde, begrüßen wir sehr. Wir regen an, den Graniummärit vom Bundesplatz auf den Kornhausplatz zu verlegen, damit dieser dadurch etwas Grün erhält. Zur *Finanzdirektion*: Die finanzielle Lage der Stadt Bern ist nach wie vor sehr angespannt. Die Perspektiven zeigen, dass in den nächsten Jahren ohne einschneidende Gegenmassnahmen mit keinen Verbesserungen gerechnet werden kann. Ab 2001 soll ein ausgeglichenes Budget vorgelegt werden. Dass dies möglich sein wird, bezweifeln wir sehr. Der Verlustvortrag erhöhte sich von 238 Mio auf 291 Mio Franken. Zu denken geben uns auch die ausbezahlten Überstunden. 1994 sind 1'260'646 Franken für Überstunden ausbezahlt worden, 1997 = 1'970'458 Franken. Was ist sinnvoller, Überstunden zu bezahlen oder Personal einzustellen? Der Kanton darf die Gemeinde Bern nicht immer mit zusätzlichen Kosten belasten. Wir sind erstaunt, dass die Finanzdirektion erst 1996 eine Legislaturplanung erarbeitet hat. Wir begrüßen es, dass das Investitionsprogramm des Bundes ein Investitionsvolumen von 27,3 Mio Franken ausgelöst hat.

Für die SP-Fraktion spricht *Irène Marti Anliker*. Der Stadtrat ist kein Verein, dessen Mitglieder frei sind, den Verwaltungsbericht zu lesen oder nicht, sondern ein Parlament, das verpflichtet ist, sich mit der Arbeit von Verwaltung und Gemeinderat zu befassen und die Verwaltung zu kontrollieren. Ein Staatswesen ist auch keine AG, sondern eine Organisationsform der Demokratie. Eine Demokratie istentwicklungsfähig. Das Projekt NSB ist ein Versuch, die Organisation des Gemeinwesens zu verändern und zu entwickeln. Vielleicht ist dieses Frage- und Antwortspiel nicht die geeignete Form zur Beratung des Verwaltungsberichts, vielleicht gibt es jedoch begründete Hoffnung, dass NSB eine andere Debatte zulassen wird. Der SP-Fraktion ist aufgefallen, dass der Verwaltungsbericht nach wie vor eher brav daherkommt. Wir freuen uns jedoch, dass die Einleitungen zu den einzelnen Direktionen prägnanter und interessanter geschrieben worden sind als früher. Verbesserungen sind jedoch noch möglich. Die Schwerpunkte und die wichtigen Details der Direktionen sollten optisch ansprechend aufbereitet, dargestellt und kommentiert werden. Wir fanden den Verwaltungsbericht jedoch sehr interessant und haben schriftliche Fragen gestellt. Ganz allgemein haben wir festgestellt, dass häufig von Überlastung der Amtsstellen, von Überforderung gesprochen wird. Es ist von horrenden Überstunden die Rede. Das ist wohl die Retourkutsche der Sparmassnahmen im Personalbereich. Wer noch mehr Personal abbauen will, muss Leistungen streichen und dafür geradestehen. Bei der *Planungs- und Baudirektion* lagern noch uralte Vorstösse, die endlich behandelt werden müssen. Ebenfalls auf dem Eis zu liegen scheint das *Parkgebührenreglement*, das dringend wiederbelebt werden sollte. In der *Schuldirektion* zeigt ein Beispiel, welch teure Folgen Sparen haben kann. Da der berufliche Beratungsdienst nur noch eine minimale Beratung gewährleisten kann, werden junge Menschen, die sozial und bildungsmässig ohnehin nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen, zuwenig gut beraten und betreut. Die geleistete Arbeit kann auch nicht ausgewertet werden. Wissenschaftliche Studien zeigen jedoch, welch enorme Einwirkung ein verpasster Eintritt in das Erwerbsleben auf die Lebensqualität und die Gesundheit eines jungen Menschen hat und welch hohe Fürsorgeleistungen die öffentliche Hand als Folge übernehmen muss. Mit den Ausführungen zur *Energiepolitik* sind wir absolut unzufrieden. Der Stadtrat hat ein Postulat zum Thema Grimsel-West überwiesen. Es stellt eine politische Meinungsäusserung des Parlaments zur Energiepolitik in dieser Frage dar. Es geht nicht an, dass die entsprechende Direktion dies nicht zur Kenntnis nehmen will und die alte Position weiterhin im Verwaltungsbericht festnagelt. Die klar ersichtliche Haltung des EWB-Direktors stört uns an dieser Stelle sehr. Die Stadt Bern hat Wichtigeres zu tun und zu bezahlen, als Geld in das Grimselprojekt zu stecken. Jetzt muss endlich ein Schlussstrich unter dieses Thema gezogen werden. - Die SP-Fraktion wird eine EWB-Privatisierung sehr genau prüfen und sich nicht mit Argumenten wie Weitsicht zeigen, günstige Gelegenheit nicht verpassen, abspeisen lassen. Wir bedanken uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für ihre Arbeit. Sie sind für uns nicht nur ein Ausgabefaktor in der Rechnung.

Adrian Haas für die FDP-Fraktion: Wir haben uns bei der Durchsicht des Verwaltungsberichts vor allem zwei Fragen gestellt: Hat die Verwaltung Anstrengungen zur effizienten Aufgabenerfüllung, allenfalls zum Verzicht von nicht mehr Nötigem unternommen? Wie steht es grundsätzlich mit Sparbemühungen? *Effiziente Aufgabenerfüllung, allenfalls Verzicht:* Es sind einige gute Ansätze und Projekte vorhanden, die beispielhaft erwähnt werden dürfen: In verschiedenen Verwaltungsabteilungen sind Projekte zu einer Optimierung von Raumbelegungen im Gang. Bei der Schuldirektion wird in diesem Zusammenhang ein EDV-Reservat ionssystem für vermietete Räume erprobt. Zu mehr Effizienz führt auch die Verbesserung der Arbeitsinfrastruktur der Stadtpolizei: Kobra, Viper, neue Einsatzleitzentrale. Die von uns schon lange geforderte Erhöhung der Kinderkrippentarife für Besserverdienende hat keine negativen Auswirkungen gezeigt. Ebenso positiv ist, dass nicht mehr gebrauchte Ferienheime zum Verkauf angeboten werden oder dass eine Entmonopolisierung der Schulzahnklinik stattgefunden hat. Alles Forderungen, die von den Bürgerlichen im Rat mehrfach gestellt worden sind. Zu erwähnen ist auch die Zusammenlegung der Werkhöfe und die Reduktion der Garagebetriebe. Zu den *Sparbemühungen:* Von Spardruck oder Finanzknappheit lässt sich in diesem Verwaltungsbericht nicht mehr viel feststellen. Es gibt zwar kleine Anzeichen, z.B. Moratorium für Malerarbeiten in Schulanlagen oder Klagen über fehlende Mittel für qualitativ gute Strassensanierungen beim SIB. Beklagt wird die zusätzliche Arbeit im Zusammenhang mit der Einführung der Kostenrechnung mit NSB. Dass der Spardruck verschwunden ist, kann nur damit erklärt werden, dass die finanzpolitische Diskussion gründlicher geworden ist. Erstaunlich ist, dass die allgemein verminderte Bautätigkeit nicht zu personellen Überkapazitäten bei der Denkmalpflege, im Bauinspektorat oder im Amt für Umweltschutz führt. Erstaunlich ist auch, dass die Kantonalisierung von Gymnasien, von Lehrer-/Lehrerinnen- und Kindergartenseminarien und der Akademischen Studien- und Berufsberatung kaum Auswirkungen zeigt. Sparen ist somit nicht allzu gross geschrieben. Dem Verwaltungsbericht lässt sich sogar entnehmen, dass verschiedene neue Aufgaben an die Hand genommen worden sind. - Abschliessend dankt *Adrian Haas* der gesamten Stadtverwaltung im Namen der FDP-Fraktion für ihre grosse Arbeit und verteilt drei Preise: Eine Rose für den Stadtpräsidenten für die DESK-Veranstaltungskoordination, die sich zu einem sehr wertvollen Koordinationsinstrument entwickelt hat und den Bürgerinnen und Bürgern unkompliziert durch den Bewilligungsdschungel hilft. Einen Kaktus für *Alfred Neukomm* dafür, dass er dem Stadtrat auch im vergangenen Jahr keine Vorlage unterbreitet hat, die mit Blick auf die Elektrizitätsmarktliberalisierung die Zukunft des EWB sichert. Eine Orchidee für *Kurt Wasserfallen* für die literarischen Leckerbissen im Verwaltungsbericht der Polizeidirektion.

Stellungnahme des Stadtpräsidenten

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner* dankt der GPK im Namen des Gemeinderats für ihre eingehende Berichterstattung und die Verwaltungsbesuche. Die Mitglieder des Gemeinderats werden die Gelegenheit benützen, sich in der Detailberatung zu äussern.

Beantwortung der schriftlich eingereichten Fragen

Präsidialdirektion:

Einleitung

Fragen von Luzius Theiler (GPB) zu S.18:

Brünnen:

- Welche Bedingungen hat die Eidgenossenschaft für ihre Zustimmung zur Sanierungs-
lösung Brünnen gestellt?
- Hat der Gemeinderat diese Bedingungen akzeptiert?
- Ist das im Architekturwettbewerb erstprämierte städtebaulich sehr interessante Projekt
des Basler Architekten Michael Alder noch realisierbar?
- Welche zusätzlichen Punkte der Planung Brünnen sind nach Auffassung des Gemein-
derats abzuändern?

- Wann gedenkt der Gemeinderat dem Stadtrat eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten?

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner* dankt der GPK-Präsidentin für ihren speziellen Bericht zur Präsidialdirektion.

Zu den Fragen von Luzius Theiler: Der Zerfall der Bodenpreise in den letzten Jahren führte zu einer massiven Wertberichtigung bei den Miteigentümern der Miteigentümergeinschaft Brünnen Nord. Insbesondere zwei Gesellschaften drohte damit der Konkurs. Um die Überbaubarkeit von Brünnen Nord zu erhalten, entschlossen sich der Gemeinderat und die Eidgenossenschaft nach intensiven Verhandlungen, die beiden Gesellschaften zu sanieren, indem an ihrer Stelle eine Auffanggesellschaft gegründet werden soll. Der Bund, der durch diese Sanierung insgesamt 60 Mio Franken abschreiben muss, knüpfte seine Beteiligung an drei Bedingungen:

1. Die aktuellen Eigentümer und Eigentümerinnen dieser Gesellschaften müssen ihr Eigenkapital abschreiben. Es werden keine Altlasten übernommen.
2. Die Banken müssen ebenfalls abschreiben (in der Grössenordnung von 22 Mio Franken).
3. Die Einwohnergemeinde Bern, vertreten durch den Gemeinderat und die Schweizerische Eidgenossenschaft, vertreten durch das Bundesamt für Wohnungswesen (BWO), gründen eine Aktiengesellschaft mit Sitz in Bern.

Der Gemeinderat hat diesen Bedingungen zugestimmt, und die Abschreibungen konnten vorgenommen werden. Gegenwärtig werden die letzten Fragen mit den Eigentümern bzw. Eigentümerinnen der bisherigen Gesellschaften geklärt. Eine Unterzeichnung des Gründungs- und Partnervertrags für die neue Auffanggesellschaft ist für die nächsten Wochen vorgesehen. Gemeinderat und Bund haben sich nach Interventionen zwischen Stadt- und Bundesregierung für die Sanierung entschlossen, um weitere Verzögerungen in der Realisierung eines sinnvollen Wohnungsbaus und einer sinnvollen Siedlungspolitik zu vermeiden. Sicher ist, dass in Brünnen weiterhin einem innovativen, qualitativ hochstehenden Wohnungsbau der Vorzug gegeben werden soll. Die heutigen Planungsvorschriften erlauben differenzierte Wohnformen mit unterschiedlicher Ausnutzung der Grundstücke. Im Perimeter der Wohnnutzung sollen die bisherigen Planungsvorschriften weiterhin gelten. Inwieweit das Projekt Alder realisiert werden kann (die Baubewilligung ist sistiert worden), wird geprüft. Die Abänderung der Planung Brünnen sieht eine Öffnung der Nutzungsart zugunsten flächenintensiver Standorte für Freizeit, Einkauf und Dienstleistungen vor. In diesem Zusammenhang fand bereits die Mitwirkungsaufgabe zur Ergänzung des STEK zu diesem Thema statt. Zum einen entspricht diese STEK Ergänzung einer in den letzten Jahren wachsenden Nachfrage nach entsprechenden Standorten. Für den Standort Brünnen besteht ein konkretes Investoreninteresse. Diese Änderung ist jedoch auch ein Beitrag zur Förderung der Realisierung von Wohnungsbau in Brünnen. Insbesondere geht es auch um die Mitfinanzierung der Autobahnüberdeckung als Voraussetzung für diese Überbauung. Diese Abänderung zugunsten überregional orientierter Nutzungen hat eine Vergrösserung der DG-Zone zulasten der Wohnnutzung zur Folge. Dieser Verlust wird jedoch durch eine gemischte Zone mit einem Wohnanteil aufgefangen. Wir hoffen, dass die Vorlage demnächst in die Mitwirkung gegeben werden kann. Läuft alles normal, sollte die PVK das Geschäft im März und der Stadtrat im April 1999 behandeln können. Eine Volksabstimmung wäre im Juni 1999 möglich.

Luzius Theiler (GPB): Wie vom Stadtpräsidenten ausgeführt, muss der Bund 60 Mio Franken abschreiben und die Banken 22 Mio Franken. Wieviel muss die Stadt abschreiben? Muss ein solcher Beschluss nicht dem Stadtrat unterbreitet werden? Inwieweit präjudiziert der vorgesehene Vertragsabschluss (Auffanggesellschaft) die Abänderungen der Planungs- und Bauvorschriften? Wie frei kann die Stadt noch entscheiden?

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner* antwortet Luzius Theiler, er könne die genaue Zahl für die Abschreibungen seitens der Stadt nicht nennen. Es gehe jedoch um einen Betrag in der Grössenordnung von 200'000 und 250'000 Franken. Der Bund verlangte viel mehr von der Stadt, z.B. wesentliche Änderungen im Infrastrukturvertrag, gab sich jedoch nach langen Verhandlungen damit zufrieden, dass der Gemeinderat sich bereit erklärt hat, dem Stadtrat in

diesem Sinne eine Planungsänderung zu unterbreiten. Der Stadtrat kann jedoch immer noch frei entscheiden.

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats:

Die Präsidentin: *Lilo Lauterburg*

Die Protokollführerin: *Jeannette Steiner*